



Antrag auf Zusicherung zur Übernahme der Kosten für eine neue Unterkunft und Wohnungsbeschaffungskosten gemäß §22 SGB II

Persönliche Daten der Antragstellerin / des Antragstellers

Familienname _____ Geschlecht weiblich männlich

Vorname _____

Geburtsdatum _____ Geburtsort _____ Geburtsland _____

Straße, Hausnummer _____ ggf. wohnhaft bei _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefonnummer _____ E-Mail-Adresse _____
(freiwillige Angabe) (freiwillige Angabe)

Kundennummer: _____ Bedarfsgemeinschaftsnummer: _____

Persönliche Verhältnisse der Antragstellerin / des Antragstellers

Ich bin alleinstehend Ich lebe in einer Haushaltsgemeinschaft mit meinen Eltern Ich lebe in einer Wohngemeinschaft

Ich lebe zusammen mit einem/einer Ehepartner/-in oder einem/einer Partner/-in in Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft

Name, Vorname und Geb.-Datum

Hiermit stelle ich einen Antrag auf Erteilung einer Zusicherung zur Übernahme der künftigen Unterkunftskosten (§§ 22 Abs. 4 S. 1, 22 Abs. 5 SGB II)

Aus meiner Bedarfsgemeinschaft wollen folgende Personen umziehen:
(bitte einzeln namentlich auflisten)

1.		5.	
2.		6.	
3.		7.	
4.		8.	

Darlehen für die Mietkaution oder Genossenschaftsanteile

Kosten für die Mietkaution oder Genossenschaftsanteile können nur nach vorheriger Antragstellung als Darlehen gem. § 22 Abs. 6 S. 1 Hs. 2, S. 3 SGB II übernommen werden. Die Zusicherung zur Darlehensgewährung muss **vor** Abschluss des Mietvertrags **beim zukünftigen kommunalen Träger** (Jobcenter bzw. Optionskommune) eingeholt werden.

Sollte der Umzug innerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Jobcenter Hersfeld – Rotenburg erfolgen, bleibt das Jobcenter Hersfeld – Rotenburg zuständig.

Ich ziehe innerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Jobcenters Hersfeld-Rotenburg um und beantrage hiermit ein Darlehen für die Mietkaution und ggf. die Genossenschaftsanteile

- nein
- ja, ich beantrage die Übernahme der Mietkaution / Genossenschaftsanteile als Darlehen

Besteht in der alten Wohnung bereits eine Kautio?

- nein
- ja

Im Rahmen der einzelfallbezogenen Ermessensentscheidung über die Erteilung einer Zusicherung zur Übernahme von Genossenschaftsanteilen / Mietkautionen ist zu prüfen, ob

- a) die Leistungen gegebenenfalls aus geschütztem Vermögen des Hilfeempfängers im Wege der Selbsthilfe erbracht werden können,
- b) durch Beendigung eines bisherigen Mietverhältnisses zur Auszahlung gelangende Genossenschaftsanteile / Mietkautionen erneut für diesen Zweck eingesetzt werden können.

Dies ist zulässig, weil es sich hierbei nicht um Pflichtleistungen handelt und sich hierdurch der vermögensrechtliche Status der einzusetzenden Gelder nicht verändert.

Mir ist bekannt, dass die Darlehensforderungen nach § 42a SGB II in Höhe von 10 von Hundert mit meinen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ab dem Monat, der auf die Auszahlung folgt, durch monatliche Aufrechnung getilgt wird.

Der Darlehensbetrag wird sofort in Höhe des noch nicht getilgten Darlehensbetrages fällig, wenn die Rückzahlung durch den Vermieter erfolgt.

Mit diesem Antrag reiche ich ein Wohnungsangebot ein. Dieses ist auf meinen Namen ausgestellt und enthält folgende Angaben:

1. die genaue Lage und Wohnungsgröße mit der Anzahl der Zimmer und Angabe der Wohnfläche
2. die Mietkosten sind nach Nettokaltmiete und die Vorauszahlung für die Betriebskosten und Heizkosten / Warmwasserkosten aufzuschlüsseln
3. die Angaben bezüglich der zu zahlenden Mietsicherheit und der Wohnraumbeschaffungskosten

Ändert sich nach Abgabe der Zusicherung die Sach- oder Rechtslage derart, dass die Behörde bei Kenntnis der nachträglich eingetragenen Änderung die Zusicherung nicht gegeben hätte oder aus rechtlichen Gründen nicht hätte geben dürfen, ist die Behörde an die Zusicherung nicht mehr gebunden.

Bitte beachten sie: Aufwendungen für die frühere Wohnung sind bei einer Zusicherung so gering wie möglich zu halten. Doppelte Mietkosten können nur im Ausnahmefall übernommen werden.

Sollten sie falsche bzw. unvollständige Angaben machen oder Änderungen nicht unverzüglich bzw. überhaupt nicht mitteilen, müssen Sie nicht nur mit der Erstattung der zu Unrecht erhaltenen Leistungen rechnen, sondern Sie setzen sich auch der Gefahr eines Ordnungswidrigkeiten- oder Strafverfahrens aus.

Ich versichere, dass die Angaben zutreffend sind.

Mit der Erhebung und Verarbeitung der von mir freiwillig angegebenen Daten bin ich einverstanden.

Ort/Datum

Unterschrift Antragstellerin/Antragsteller